



3 100 JAHRE
NOVEMBERREVOLUTION

Kultur

6 NETTER CHEF,
TROTZDEM SCHEISSE!

Hamburg

8 "KAMPF" DER POLIZEI
GEGEN DROGEN

Bremen

10 WIR HABEN
(K)EINE CHANCE?!

Thüringen

12 ENTEIGNUNG
DURCH WAHLEN?

Berlin

14 25.11. - TAG GEGEN
GEWALT AN FRAUEN

Frauen

16 WAHLEN UND WAHLBOYKOTT
IN BRASILIEN

Welt

18 ERDOGAN
(NOT) WELCOME

BRD

Liebe Leserinnen und Leser,

jeden Tag bestätigt sich aufs neue, dass die ganze Welt in Aufruhr ist und die Dinge sich immer rasanter entwickeln. Die Reaktion formiert ihre Kräfte, so aber auch die Unterdrückten. Die Übernahme der Regierungsgewalt durch einen offenen Faschisten in Brasilien, dem „Wunschkandidaten der Märkte“, wie es die Deutsche Bank twitterte, Bolsonaro ist ein Zeichen davon. Wovon in der BRD in den Medien fast niemand gesprochen hat ist, dass während der letzten beiden Wahlgänge erst 40 und dann 42 Millionen Menschen in Brasilien sich geweigert haben an dem Wahlspektakel teilzunehmen und ihren Unterdrückern die Legitimation zu geben. Und das in einem Land in dem es unter Strafe steht nicht zu wählen. Im Verlaufe der Wahlfarce entwickelten Genossen in Brasilien eine riesige Kampagne zum Boykott der Wahlen. Da sie hierzulande fast gar nicht erwähnt wurde schreiben wir in dieser Ausgabe darüber.

Auch in der BRD ist einiges los. Und wieder geht es um die Wahlfarce der Herrschenden. Nach der Wahl in Hessen verkündete die jetzige oberste Repräsentantin des deutschen Imperialismus – Angela Merkel – ihren mittelfristigen Rückzug aus der Politik an. Die fünf Punkte, die sie in ihrer Rede nach der hessischen Wahl nannte machen klar, dass diese Sache nicht plötzlich passieren darf, sondern die Kontinuität der Regierung gewahrt werden soll damit es möglichst keine Reaktion der Massen in diesem Land gibt. Aber dies und vor allem die Betonung der Rede alles für den Erhalt des „inneren Friedens“ zu tun zeigt welche Angst der alte deutsche Staat und seine Vertreter

davor haben, dass die Massen sich erheben und vor allem, dass sie versuchen so weiter zu regieren wie sie früher getan haben, aber das wird immer unmöglicher. Obwohl monatlich immer wieder verkündet wird, dass die Arbeitslosigkeit weiter sinkt und so niedrig wie nie ist, obwohl es keine Krise gibt, obwohl es zur Zeit keine große Massenbewegung gibt, die die Herrschenden herausfordert werden jene Maßnahmen getroffen und jene Worte gewählt. Das zeigt die Angst.

Es ist in dieser Situation, in der die Arbeiterklasse in Deutschland ein wichtiges Ereignis in ihrer Geschichte zum 100. Mal feiert – die Novemberrevolution von 1918. Dieses Ereignis ist ein Teil der kämpferischen Geschichte und Kultur unserer Klasse. Wir müssen unsere Kultur und unsere Geschichte kennen und uns aneignen. Sie zeigen uns, dass unsere Klasse in diesem Land schon immer gekämpft hat und niemals das Haupt senken wird bis sie alle Unterdrücker und Ausbeuter niedergedrückt hat. Darum beschäftigen wir uns im Rahmen dieser Ausgabe auch mit der Novemberrevolution.

Weiterhin freuen wir uns auch über Kritik und Anregungen für die nächsten Ausgaben der Roten Post, wenn ihr eine Idee habt könnt ihr gerne an rotepost@gmx.de schreiben.

Eure RoPo-Redaktion

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Franziska Vogler, Blodigstraße 15, 80933 München

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

100 JAHRE NOVEMBERREVOLUTION EIN BEDEUTENDES EREIGNIS DER ARBEITERKLASSE IN DEUTSCHLAND

Am 24. Oktober jährt sich zum 100. Mal ein großes Ereignis der deutschen Arbeiterbewegung. Der Beginn der Novemberrevolution. Der deutsche Imperialismus hatte 1914 gerade den 1. Weltkrieg vom Zaun gebrochen, um die Neuaufteilung der Welt voranzutreiben und sich ein möglichst großes Stück der Beute zu sichern. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) war zu diesem Zeitpunkt die politische Führung der deutschen Arbeiterbewegung. Doch anstatt die Arbeiter gegen den Krieg zu mobilisieren stimmten sie dem Krieg zu und schickten sie in das große Völkerschlachten im Dienste der Ausbeuter und Unterdrücker. Zu diesem Zeitpunkt bekannte die SPD klar Farbe und stellte sich auf die Seite des Imperialismus, auf die Seite des Revisionismus, der falschen Arbeiterführer, die sich als Freunde der Arbeiter tarnen aber eigentlich die Hunde der Imperialisten sind. Das Ergebnis des Krieges waren 9.340.000 tote Soldaten und 7.874.000 tote Zivilisten. Außerdem natürlich steigende Profite für die großen Monopole.

Doch entgegen der vorherrschenden, bürgerlichen Geschichtsschreibung erfasste keine große Kriegsbegeisterung die Massen von Arbeitern in Deutschland. Die kurze Zeit der diplomatischen Verhandlungen bis zur Kriegsmobilisierung war so kurz (wenige Tage oder sogar Stunden) das kaum Zeit blieb um massenhaft Kriegsbegeisterung zu verbreiten. Wer tatsächlich kaum noch an sich halten konnte vor Vorfreude auf den Krieg, das war die bürgerliche Presse welche damals noch kaum Menschen außerhalb der akademischen Großstädter erreichte. Die Reaktion der Arbeiter und der Bauernschaft gegenüber der Aussicht auf Krieg wird von Zeitzeugen eher als ablehnend und entsetzt beschrieben, mit Ausnahme sehr junger Menschen, die auf Ruhm und ein Ende ihrer miserablen Lage hofften.

So erschienen bei einer Friedenskundgebung in Hamburg am 18. Juli 1914 so viele Arbeiter, dass der vorgesehene Kundgebungsort nicht ausreichte. Ein SPD Führer beschreibt seine Verwirrung angesichts der regen Teilnahme: *„Trotz strömenden Regens harrt die Menge in unüberschaubarer Zahl auf den*

Straßen aus“. Doch war der Protest vor dem Krieg auf Protestkundgebungen und Demonstrationen begrenzt, da die SPD und die ihnen hörigen Gewerkschaften kein Interesse an politischen Streiks hatten welche den Krieg hätten behindern können. Der Krieg nahm seinen Lauf und die sterbenden Männer an der Front mussten durch neue ersetzt werden. Immer mehr Arbeiter wurden zwangsweise eingezogen um den Bedarf an Menschenmaterial zu decken. Ihre Plätze in den Fabriken wurden von den Frauen eingenommen, welche vorher nicht arbeiten durften. Dies markiert in Deutschland den Beginn der legalen Einbindung der Frauen in den Produktionsprozess. Doch je weiter der Krieg voranschritt desto schlimmer wurde die Situation auch für die Frauen und Kinder die an der „Heimatfront“ geblieben waren.



Die Lebensmittel wurden teurer, Rationen knapper und Überstunden und Wochenendarbeit waren die Regel. Überall in Deutschland kam es zu Hungerrevolten, Streiks und Kämpfen mit der Polizei. In manchen Städten mussten die Arbeiterviertel militärisch besetzt oder abgeriegelt werden um kurzzeitig für Ruhe zu sorgen. Diese massenhafte Beteiligung an den Kämpfen zeigt auch wie gering die Lust war für den Kaiser und die Reichen zu hungern, noch mehr zu schuften als ohnehin oder in irgendeinem Schützengraben zu krepieren. In den kilometerlangen Schützengraben war es nicht anders und die Angst der Offiziere vor revolutionärer Agitation stieg immer mehr. Besonders nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 in Russland wuchs die Angst vor einem revolutionären Flächenbrand welcher das alte Europa erschüttern könnte. Denn die Oktoberrevolution war mehr als eine national begrenzte Revolution. Sie war ein Leuchtfeuer der Hoffnung für die Arbeiter und Bauern aller Länder. Eine Hoffnung auf ein Ende der

kapitalistischen Barbarei. Während des Krieges blieb der sozialpatriotische Kurs der SPD innerhalb der eigenen Reihen nicht unwidersprochen. So gründete sich die Gruppe Internationale, welche 1916 zur Spartakusgruppe wurde, sich 1917 der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (eine Abspaltung der SPD) anschloss und am 1. Januar 1919 die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) gründete. Eine wirkliche Arbeiterpartei, die mit dem riesigen Berg revisionistischen Abfalls aufräumte und sich auf die Grundlage des Marxismus stellte, der damals die höchste Form der Ideologie des Proletariats war.



Berlin 1918

Anfang Oktober 1918 wurde schließlich für jeden klar, dass Deutschland eine militärische Niederlage erleiden würde. Dem zum Trotz entschied die Seekriegsleitung am 24. Oktober 1918 die deutsche Hochseeflotte in eine letzte Schlacht gegen die überlegene britische Marine zu entsenden. Daraufhin verweigerten die Matrosen mehrerer Schiffe den Gehorsam, was im Kieler Matrosenaufstand mündete. Dann wurden die rebellierenden Matrosen zurück nach Kiel beordert und Hunderte von ihnen verhaftet. Doch angekommen in Kiel schlossen sich die einfachen Matrosen schnell mit den Landmarineeinheiten und Arbeitern zusammen. Die Kieler Arbeiter planten schon länger durch einen großen Streik den Friedensschluss zu erzwingen. Nachdem Tausende versuchten die Verhafteten durch eine Demonstration zu befreien und gewaltsam gestoppt wurden bildeten sich am 4. November erste Arbeiter und Soldatenräte. Der Funke der Rebellion entfachte einen Steppenbrand und überall im Land bildeten sich Räte der Arbeiter und Soldaten. Besonders in den Städten in denen die Arbeiterbewegung historisch sehr stark war - wie Bremen, Hamburg, Leipzig oder Stuttgart - waren

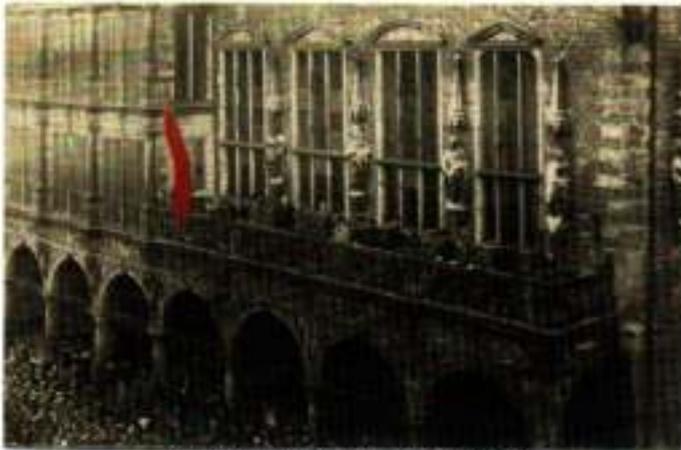
auch die USPD und der Spartakusbund besonders stark und forderten die sozialistische Revolution. In anderen Städten, in denen die Räte stärker unter dem Einfluss der SPD standen, wurde versucht die Imperialisten, die den ersten Weltkrieg zu verantworten hatten mit den Arbeitern und Soldaten, die dafür zu sterben hatten, zu versöhnen.



Kieler Matrosen: Durch Kampf zum Sieg

Am 09. November rief der linke Flügel der Sozialdemokratie zum Generalstreik auf, um die Monarchie zu stürzen. Die Stimmung in den Massen war klar für den Streik und die SPD fürchtete um ihren Einfluss, weswegen auch sie sich dem Aufruf zum Generalstreik anschloss. In Berlin, Bremen und anderen Städten marschierten bewaffnete Arbeiter und Soldaten auf, besetzten wichtige Gebäude und griffen nach der politischen Macht. Sie forderten das sofortige Ende des Krieges, die Enteignung der Kapitalisten, die Befreiung der Gefangenen und viele weitere Dinge, wie die Abschaffung der Todesstrafe und die Umgestaltung des Heeres. In dieser Situation wurden die Kapitalisten und Teile des Adels panisch und beförderten die SPD als - aus ihrer Sicht - kleineres Übel an die Macht. So wurden im Laufe des 9. Novembers zwei Staaten ausgerufen. Zum einen die „Deutsche Republik“ unter Führung der rechten Sozialdemokratie und die „Freie Sozialistische Republik“, ausgerufen von von Karl Liebknecht, dem Führer des Spartakusbundes. Aber die junge Räterepublik musste sich gegen viele Feinde behaupten. Denn die SPD wollte bloß eine bürgerliche Stellvertreterdemokratie. Und so wandte sich die SPD am 10. November gegen die sozialistische Räteregierung. Beim Reichsrätekongress der Arbeiter- und Soldatenräte, der im Dezember 1918 abgehalten wurde hatte die SPD durch Intrigen viel Verwirrung gestiftet und ein Teil der Räte stimmte für die baldige Durchführung von Parlamentswahlen. Die SPD nutze diese Situation schamlos aus und

verbündete sich mit rechten Paramilitärs – den sogenannten Freikorps. So setzte sie in mehreren Städten bspw. Bremen und Berlin auf faschistische Freikorps, um die Revolution aufzuhalten und half so die großen Arbeiterführer und Gründer der KPD, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu ermorden. Formell endete die Novemberrevolution am 11. August 1919.



Ausrufung der Bremer Räterepublik

Am Ende der Novemberrevolution wurde das Ziel, die Diktatur des Proletariats, nicht erreicht. Stattdessen stand an ihrem Ende die Gründung der Weimarer Republik, weiterhin die Diktatur der Bourgeoisie. Diese sah sich aber gezwungen mehrere Zugeständnisse an die kämpfende Arbeiterklasse zu machen um sie in Zukunft ruhig zu halten, so wurden unter anderem die Monarchie abgeschafft und mehr demokratische Rechte zugestanden. Zudem war diese Niederlage

auch eine harte Lehrstunde für die Arbeiterklasse. Der Moment war günstig, aber was fehlte war die Führung in Form einer revolutionäre Kampfpartei, eine Partei neuen Typs, die in der Lage gewesen wäre dem Kampf Festigkeit und Bestand zu geben. Das bedeutet einer Kommunistischen Partei, die fest und unter den tiefsten und breitesten Massen verankert und auf alles vorbereitet ist. Diese Erfahrung der Novemberrevolution müssen die proletarischen Revolutionäre und die Arbeiterklasse in Deutschland heute verinnerlichen, damit sie den gleichen Fehler wie vor 100 Jahren nicht noch einmal begehen. Darum muss alle Arbeit die sie heute leisten dem Ziel dienen die Kommunistische Partei Deutschlands zu rekonstituieren. •



Übergabe einer Kaserne an den Arbeiter- und Soldatenrat



NETTER CHEF, TROTZDEM SCHEISSE! ODER: WARUM UNS UNSERE BOSSE NIE EINFACH NUR WAS GUTES WOLLEN

Wer mit seinem Lohn sich und zusätzlich oft auch noch Angehörige, wie etwa Kinder oder Beziehungspartner versorgen muss, der weiß, dass das mit dem wenigen Gehalt oft eine schwere Aufgabe sein kann. Bei vielen von uns reicht es nicht mal für das bitter Notwendige. Und so plagen uns die Fragen jeden Monat neu, ob das Geld noch reicht, um auch in den letzten Tagen des Monats eine warme Mahlzeit auf den Tisch zu stellen, ob man seine Raten wird zahlen können, oder ob die Waschmaschine wenigstens noch ein paar weitere Wochen hält, bevor sie ihren Geist aufgibt.

Dass das Gehalt oft nicht zum Leben, sondern bestenfalls zum Überleben reicht, hat einen einfachen Grund: Für „unsere“ Arbeitskäufer, unsere Chefs, kann das Gehalt, das sie uns zahlen, nie gering genug sein. Alles, was sie uns zahlen ist nämlich Geld, das sie dann eben nicht mehr haben, um es in den Erfolg des Unternehmens zu investieren oder es für ihr eigenes Leben zu verprassen. Sie machen also mehr Geld, wenn sie uns so wenig wie nur irgend möglich zahlen: Unsere Arbeitskraft zu kaufen soll für sie so billig wie möglich sein, damit sie mit dem, was wir während unserer Arbeitszeit schaffen, möglichst viel verdienen – damit sie möglichst viel Profit durch uns machen. Was Sie an uns interessiert ist bloß, wie man uns möglichst effizient ausbeuten kann. Denn darum, aus unserer Arbeit möglichst viel Profit herauszupressen, geht es ihnen und um nichts anderes – wie es uns geht, ist den Bonzen scheiß egal.

Und genau deswegen bleibt uns auch nur eines übrig: Unsere Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. Als Klasse unsere eigene Zukunft zu erkämpfen damit wir sie selbst bestimmen können. Eine Zukunft, die frei davon ist, dass andere auf dem Rücken unserer Arbeit immer reicher werden, während wir nicht wissen, wie lang die Bandscheibe noch hält und wie man mit dem wenigen Geld eigentlich sich selbst, geschweige denn eine Familie ernähren soll!

„Halt, Stopp!“, werden jetzt vielleicht einige sagen. „Mein Chef ist da ganz anders, ein echt netter Kerl.“ Und ja, in vielen Unternehmen treten die Chefs

heutzutage ganz anders auf: Es scheint sogar so, als würden sie sich richtig um unser eins kümmern und auch mal „ganz einfach nur so“ nett zu uns sein. Warum sie nie „einfach nur so“ nett zu uns sind, sondern immer nur dann, wenn sie darauf spekulieren, dass es sich für sie lohnt, das wollen wir uns einmal genauer anschauen.

Viele von uns kennen einige der im Folgenden aufgeführten Beispiele und die meisten von ihnen lassen sich ganz einfach enttarnen, als das, was sie alle sind: Mittel der Bosse, um uns noch besser auszubeuten, um aus unserer Arbeit noch mehr Profit zu pressen. So zahlen viele Unternehmen einem heutzutage etwa Zuschläge, wenn man sich im Fitnessstudio anmeldet, stellen einem Fahrradständer auf, damit man doch mal mit dem Rad und nicht mit den Öffis zur Arbeit kommt, oder bieten einem frisches Obst und Getränke kostenfrei auf der Arbeit an. Warum aber machen Chefs solche Dinge an? Ganz einfach deshalb, weil sie sich erhoffen so noch mehr Leistung aus unserer Arbeit herauspressen zu können. Wer sich fit und gesund hält, meldet sich weniger oft krank. Wer sich fit und gesund hält, arbeitet schneller und härter. Wer sich fit und gesund hält, ist auch im Alter noch belastbar und leistungsfähig. Sich fit und gesund zu halten ist gut, für die Chefs zählt unsere Gesundheit aber nur deshalb, weil sie sie benutzen wollen. Sie wollen, dass wir uns gesund halten, weil sie wissen, dass unsere Arbeit uns unsere Gesundheit ruiniert! Woher kommen denn all die kaputten Rücken, all die Burn Outs und all die verschlissenen Knie? Von der Arbeit, die wir leisten, damit andere sich mit den Früchten unserer Arbeit ein schönes Leben machen können!

Doch die Unternehmer kennen noch andere Methoden ihr eigentliches Interesse an uns hinter einer Maske der Heuchelei zu verbergen: So ist es im Einzelhandel, aber auch in anderen Branchen, oft üblich, dass den Beschäftigten Prämien gezahlt werden. Das bedeutet, dass wir ein angebliches „Extra“ auf unseren Lohn drauf geschlagen bekommen, wenn wir bestimmte Quoten erfüllen. In einer großen deutschen Blumenhandelskette stellt es sich beispielsweise wie folgt dar: Die Mitarbeiter

kriegen ihren festen Lohn jeden Monat ausgezahlt. Darüber hinaus können sie diesen aufbessern, indem sie bestimmte Zielvorgaben erfüllen. Dafür schüttet die Geschäftsführung dann Lohnprämien aus. Werden die Kunden zum Beispiel oft genug davon überzeugt sich ihre Schnittblumen zum Strauß binden zu lassen, dann gibt es dafür eine Prämie. Werden den Kunden zum Kauf ihrer Schnittblumen oder Topfpflanzen oft genug Geschenkverpackungen oder so genannte „Zusatzverkäufe“, also Übertöpfe oder Ähnliches angedreht, dann gibt es auch eine Prämie dafür. Warum macht der Chef so etwas? Weil er nett ist? Weil er gute Arbeit ehrlich belohnen will? Nein, sondern weil man an Geschenkverpackungen und dem Binden von Sträußen besonders viel verdient. Viel mehr nämlich, als unser einem dann als Prämie ausgeschüttet wird. Das ganze kostet im wesentlichen nur Zeit, also Arbeit. Die Materialkosten sind ein Witz im Gegensatz zu dem, was sich dafür verlangen lässt. So wird aus einem 10€-Einkauf ein 15€-Einkauf. Mit welchen Sätzen und Formulierungen man Kunden diese Sachen am besten Andrehen kann, kriegt man dann gleich mitgeliefert.



Wird das geplante Umsatzziel des Monats erreicht, gibt es natürlich auch eine Prämie dafür. Es scheint, als würde einen der Chef am Erfolg des Unternehmens beteiligen wollen, doch das Gegenteil ist der Fall: Die Bosse kalkulieren mit einem bestimmten Gewinn in einem bestimmten Zeitraum. Wie viel bringt mir also diese oder jene Filiale in einem Monat ein? Bleiben die tatsächlichen Umsatzzahlen hinter den Erwartungen zurück, kriegen die Mitarbeiter einfach weniger Lohn, weil man ihnen die Prämie nicht zahlen muss. Sie haben das Umsatzziel ja nicht erreicht!

Der Chef bezweckt hiermit dreierlei. Erstens wird ein Teil des Verlustes (d.h. des ausgebliebenen Umsatzes) dadurch abgemindert, dass man die Ausgaben

für Löhne senkt. Sind die Umsätze schwächer und nicht so wie erwartet, fallen automatisch auch die Kosten, die der Unternehmer für Löhne einkalkuliert hatte. Entsprechen die Umsätze umgekehrt den Erwartungen, erscheint der Chef als „netter Kerl“, der sich um seine Belegschaft kümmert und gute Arbeit mit mehr Lohn belohnt.

Zweitens schürt er die Konkurrenz in der Belegschaft und tut dabei so, als wäre unser Interesse das Gleiche, wie das des Chefs. Die meisten, die dort arbeiten, brauchen die Prämien unbedingt, um sich und ihre Familien ernähren zu können (einige müssen trotzdem noch einen zweiten Job nebenher machen). Also treiben sich auch alle dazu an die Vorgaben zu erreichen und machen sich so noch mehr Stress, als der Job schon ohne diesen zusätzlichen Terror untereinander bedeuten würde. Was als nette Geste erscheint, ist eine widerliche Form die Leute zu noch mehr Anstrengung auf der Arbeit zu nötigen.

Und nebenbei erreicht der Chef ein weiteres wichtiges Ziel: Wer sich gegenseitig bekämpft, der erkennt seinen wahren Feind nicht! Wessen Schuld ist es denn, dass der Lohn zu wenig zum Leben ist? Die der Kollegen oder die des Chefs, der einem schließlich den Lohn zahlt? Die Bosse zahlen einem durch diese Methode genau so und genau so viel Geld, wie es braucht, damit wir möglichst hart arbeiten und am besten auch noch dafür sorgen, dass unsere Kollegen und Kolleginnen genau so hart arbeiten. Diese Schweine versuchen uns zu spalten, weil sie wissen, dass wir einzeln schwach sind, gemeinsam aber die Kraft haben mit dieser Scheiße ein für alle Mal Schluss zu machen. Und genau deswegen dürfen wir uns nicht spalten lassen! Genau deswegen müssen wir fest zusammenstehen und gemeinsam gegen diese Verhältnisse kämpfen! Wir lassen uns nicht spalten und wir lassen uns auch nicht verarschen!

Und genau wegen dieser Methoden sind viele der Chefs von heute nicht nur scheiße, sondern auch ganz miese Heuchler. Sie tun so, als würden sie uns etwas Gutes wollen, dabei geht es ihnen nur um ihren Profit – ansonsten interessieren wir sie einen Dreck! Doch sie brauchen uns, wir sie hingegen nicht. Unser Interesse ist nicht das unserer Bosse. Und genau deshalb müssen wir gemeinsam kämpfen für die sozialistische Revolution. Als Klasse unter der roten Fahne, der Fahne unserer Klasse! •

DER ANGEBLICHE KAMPF DER BREMER POLIZEI GEGEN DIE DROGEN

In allen Städten in der BRD gibt es Drogen und somit eben auch diejenigen, die diese verkaufen. Keineswegs ein Geheimnis. In Bremen ist vor allem das Szeneviertel Steintor bekannt für die Dealer, die das Bild prägen. Doch auch in den Arbeitervierteln gibt es eine Menge Dealer, die ihr Gift in unseren Vierteln verticken, zum Beispiel in Gröpelingen. Junge Männer stehen an den Straßen rund um die Kreuzung Lindenhofstraße/Gröpelinger Heerstraße und labern nahezu alle vorbeigehenden Leute mit Sätzen wie „Brauchst du was?“ an.

Auch die Polizei gehört zum alltäglichen Erscheinungsbild in Gröpelingen. Es gibt Tage, da vergehen keine 5 Minuten ohne dass eine Polizeistreife an einem vorbei fährt. Auch der sogenannte Objektschutz ist hier ständig unterwegs, aber in deren Autos sitzen ebenso uniformierte Polizisten. Die Polizei weiß also ganz genau was an der Kreuzung jeden Tag abgeht, die afrikanischen Dealer hier sind nämlich nicht besonders unauffällig unterwegs. Auch andere Banden, die hier ihre Geschäfte machen sind leicht zu erkennen, auch wenn sie sich mehr durchs ganze Viertel bewegen. Doch wo ist der Kampf der Bremer Polizei gegen die Dealer, den sie im Raum des Hauptbahnhofs laut einiger Lokalmedien angeblich so verstärkt führen soll?

In Gröpelingen sind die meisten genervt von den Dealern, die dem Volk hier jeden Tag aufs Neue ihr Gift andrehen wollen. Gerade erst am 17. Oktober wurde ein Herointoter mitten im beliebten Grünstreifen des Viertels gefunden. Das zeigt nur noch mehr, dass das Dealerpack für ihre Geschäfte über Leichen geht. Auch die Kleingewerbetreibenden, die rund um die besagte Kreuzung ihre Geschäfte betreiben haben keine Lust mehr auf die Dealer. Wir haben über dieses Thema mit einem Ladenbesitzer, der seit vielen Jahren im Viertel ansässig ist, gesprochen. Er konnte uns über die Situation im Viertel folgendes berichten:

„Seit 10 Jahren ist es hier schon so, aber seit ungefähr zwei Jahren ist es besonders schlimm geworden. Die Leute hier rufen die Polizei, aber die haben nie was dagegen gemacht. Vor sechs oder sieben Jahren gab es eine Veranstaltung vom

Gröpelinger Beirat mit Parteien wie SPD und Grünen und so - und auch mit der Polizei. Sie haben gesagt sie wollen das bekämpfen, aber es hat sich nichts geändert. Die haben auch einen Polizisten in Zivil, manchmal auch zwei. Der fährt hier immer rum mit einem Fahrrad, aber alle kennen den. Die Dealer stehen auch immer vorm Laden und ich geh immer hin und sag die sollen weg gehen, dann machen die das auch, weil die kennen mich schon. Aber am nächsten Tag stehen die da wieder. Familien oder andere Kunden kommen dann nicht rein wegen denen“

Ein anderer berichtet uns, dass es bei solchen Veranstaltungen auch Leute gab, die von der Polizei gefordert haben einfach mal jeden Tag die Dealer zu kontrollieren und ihnen ihren Stoff wegzunehmen, damit sie pleite gehen. Auch wenn wir diese Forderung an den Staat und seine Polizei nicht unterstützen und keine Illusionen in sie haben, macht die Antwort der Polizei darauf doch einiges deutlich. Diese gab nämlich zur Antwort, dass das zwar eine Möglichkeit wäre, aber die Dealer dann andere Tätigkeitsfelder suchen würden um Kohle zu machen, angeblich hauptsächlich Einbrüche. Und das wäre aus Sicht der Bullen wohl „noch schlimmer“. Wahrscheinlich aus dem einfachen Grund, wo diese Einbrüche vermehrt statt finden würden. Was ist wohl wahrscheinlicher? Dass in einem der ärmsten Arbeiterviertel von Bremen eingebrochen wird, in dem 35% Arbeitslosigkeit herrscht und das Geld am Ende des Monats bestimmt bei mindestens doppelt so vielen knapp ist. Oder würde wohl eher in Schwachhausen oder Oberneuland eingebrochen werden, wo sich eine Villa an die nächste reiht und das Durchschnittseinkommen mehr als sechs mal so viel beträgt, wie in den ärmsten Vierteln Bremens. Mehr als sechsmal so hohes Durchschnittseinkommen bedeutet auch mindestens mehr als sechsmal so viel zu holen, und das klingt schon um einiges verlockender und lukrativer. Natürlich ist die Sache mit den Einbrüchen am Ende nur eine faule Ausrede.

Leute aus dem Viertel berichten uns auch was ihnen einige der afrikanischen Dealer über den Umgang der Polizei mit ihnen erzählt haben. Sie erzählen, dass die Polizei manchmal an die Dealer ranfährt und sie dann zum Auto ran winkt. Dann werden die Papiere eingefordert und kontrolliert. Ist mit den Papieren

alles in Ordnung, dann gehen die Bullen wieder und die Dealer dürfen ihr Geschäft fortsetzen. Um Drogen geht es der Polizei hierbei also offensichtlich nicht. Warum sollte man sich auch um Drogen in einem Arbeiterviertel kümmern? Die Leute dröhnen sich zu anstatt gegen dieses Ausbeutersystem zu kämpfen. Es gibt genug Beispiele in der Geschichte, in denen der Staat die Drogen benutzt hat und teilweise sogar direkt mit den Chefs der Drogenbanden zusammenarbeitete, um revolutionäre Bewegungen oder das rebellierende Volk nieder zu halten. Der Einsatz von Heroin vom FBI gegen die Viertel der Black Panther Party in den USA ist eines einprägsamsten Beispiele. Aber auch in Griechenland, als die großen Wellen der Massenkämpfe gegen die Ausblutung des griechischen Volkes begannen, wurden die als eher links bekannten Viertel mit Drogendealern überschwemmt.

Doch nun stellt sich natürlich noch die Frage warum die Bullen überhaupt so viel Präsenz in Gröpelingen zeigen, wenn sie doch sowieso nicht gegen die Dealer vorgehen. Was der deutsche Staat zurzeit beginnt, ist zunehmend die Arbeiterviertel zu militarisieren. Das wird in kleinen Schritten getan, damit es keinen großen Widerstand gibt. Irgendwann ist dann der Sprung nämlich nicht mehr so besonders weit auch die Bundeswehr in der BRD selbst einzusetzen, z.B. gegen Demonstranten oder in einem Viertel, das als Problem angesehen wird. Denn große Teile der

Arbeiter werden immer und immer weiter verarmt, so dass sie irgendwann nichts mehr zu verlieren haben. Dann wird für uns die Rebellion auf der Tagesordnung stehen und so steht auf der Tagesordnung der Ausbeuter und Unterdrücker die Aufrüstung gegen uns. Das zeigt sich in Bremen immer wieder, so wird unter anderem die Polizei mit Elektroschockwaffen, sogenannten Tasern, ausgestattet. Dafür beginnt in Bremerhaven (eine der ärmsten Gegenden der BRD) nun eine Testphase dieser neuen Waffen, die zwölf Monate andauern soll. Danach soll die Waffe in ganz Bremen zum neuen Mord- und Folterinstrument der Polizei werden. Zum anderen soll bis 2022 in Bremen Gröpelingen ein neuer zentraler Polizeistützpunkt errichtet werden. Gebaut werden soll er am im Viertel zentral gelegenen Endbahnhof der BSAG, es sollen dort etwa 100 Bullen tätig werden. Die Security der BSAG soll hier auch einen Stützpunkt bekommen, die Gröpelinger und Oslebshäuser, die an der Haltestelle aussteigen müssen sollten sich also dann auf vermehrte Zusammenarbeit zwischen Polizei und BSAG-Abzockern bei Großkontrollen einstellen. Aber das ist nur ein Nebeneffekt. Die Herrschenden zittern vor der Rebellion der Massen und sie wissen, dass sie kommen wird, darum bereiten sie sich vor. Aber sie versuchen trotzdem die Massen solange wie möglich ruhig zu halten und dafür benutzen sie die Drogen in unseren Vierteln. Die Frage ist nur wie viele unserer Nachbarn, Freunde, Familienmitglieder wir erlauben, die sie mit ihrem Gift zugrunde richten. •



Die Kreuzung Gröpelinger Heerstraße/Lindenhofstraße vor einiger Zeit

WIR HABEN (K)EINE CHANCE?

Es ist Montagmorgen in Weimar-West, einer unseren großen Plattenbausiedlungen am Rande der Stadt. Während ein paar Kinder von ihren Eltern mit dem Auto zum hiesigen Gymnasium gebracht werden, im Gepäck das Musikinstrument für den nachmittäglichen Unterricht oder die Sporttasche für das Leichtathletiktraining am Abend, werden andere Kinder in einem kleinen Zimmer wach; mit dem tristen Blick aus dem Fenster: Auf Platten, kaputte Spielplätze und dem Wissen, dass der Tag nicht ganz so rosig werden wird, wie bei den meisten Gymnasiasten, die da am Fenster vorbeimarschieren. Mutti hat es eilig, nachdem sie aus einigen Jobs geflogen ist. Weil die Kinder zu oft krank waren, muss sie nun in eine Maßnahme vom Jobcenter. Zu spät kommen könnte für das Familieneinkommen üble Folgen haben. Papa ist schon in der Frühschicht, Mindestlohn. Das Geld ist knapp, die Wohnung ist klein, der Druck ist groß - Werden wir diesen Monat über die Runden kommen?



Die „Bundeszentrale für politische Bildung“ ist zumindest so: *„Vor dem Gesetz, so fordert es unser Grundgesetz, sind alle Bürger und Bürgerinnen gleich. Im Grundgesetz heißt es: Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit.“* Und weiter: *„Für alle die gleichen Chancen. Alle Bürger sollen vielmehr die gleichen Chancen bekommen, möglichst viel aus ihrem Leben zu machen. Kinder und Jugendliche sollen deshalb in der Schule und der Ausbildung die gleichen Bildungsmöglichkeiten erhalten, um später einen Beruf zu finden. Sie sollen so gefördert werden, wie sie es von*

ihren persönlichen Voraussetzungen her benötigen. Durch die Chancengleichheit will man auch auszugleichen, dass es Kinder und Jugendliche gibt, die durch die schlechte Einkommenssituation ihrer Eltern im Nachteil sind.“

Soweit also die Theorie. Schauen wir mal in die Praxis und zurück nach Weimar-West, wo zwischen alten verranzten Platten ein modern saniertes, großzügig angelegtes Gymnasium thront: Die wenigsten der 5.-12. Klässler haben einen Hauptwohnsitz hier im Viertel. Das Gymnasium ringt ohnehin um seine Schüler, denn für einige Eltern ist die Lage hier im „sozialen Brennpunkt“ zu heikel. Deshalb muss die Schule mit besonderen Anreizen werben: Ob der französisch-bilinguale Zweig, das Projekt „Athletik Plus“ zur Förderung von jungen Sportassen oder diverse soziale und kulturelle Programmpunkte. Seit diesem Jahr ist das Gymnasium zudem eine „Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage“, als einzige Schule in Weimar. Mindestens 70% der Schüler- und Lehrerschaft mussten dafür unterschreiben, dass sie aktiv gegen jede Form von Diskriminierung, Mobbing und vor allem Rassismus eintreten. Und da wird öffentlichkeitswirksam demonstriert, da werden Zeitungen geschrieben und diskutiert, warum Rassismus schlecht und warum man blöd ist, wenn man Rassist ist. Man gibt sich weltoffen, demokratisch und gebildet. Gegen jede Form von Diskriminierung? Versteht sich eigentlich von selbst. Doch wie reagieren die Schüler auf das Umfeld der Armut, was da hinterm Schulzaun lauert? Wenn man sich in der Schülerschaft mal umhört oder in die Kinder- und Jugendclubs in West geht und die Mitarbeiter fragt, dann lernt man schnell: Hier trennt sich die Spreu vom Weizen. Es besteht kaum Kontakt zwischen den Kindern in der Schule und den Kindern vor dem Schulzaun. Im Jugendclub von West erfährt man, dass sogar bei größeren Workshops oder Tanzprojekten sehr selten ein Schüler vom Gymnasium teilnimmt. Die gehen lieber mit ihren Schulfreunden zu den teuren Tanzkursen in cooleren Locations in der Innenstadt. Eine Schülerin sagte: „Mit denen haben wir nix zu tun, wir nennen die hier nur die Kloppis. Guck mal, wie die schon rumrennen!“ Ein anderer „toleranter“ und „gebildeter“ Schüler erklärt, dass die Eltern alle selbst Schuld seien, hier in der Platte zu hausen. Sie seien eben faul, zu blöd oder beides. Hätten sich eben nie

richtig Mühe gegeben und deren Kinder würden dann eben genauso werden. Selbst schuld und faul und auch noch zu blöd ist also die Ursache dafür, dass Kinder und Familien am Existenzminimum leben und ihnen der Weg zu Bildung, Sport und Freizeitbeschäftigungen erschwert wird?

Zum Thema Kinderarmut sagt die Bertelsmann Stiftung: *„Trotz guter Wirtschaftslage wuchsen 2015 bundesweit 14,7 Prozent der Kinder unter 18 Jahren in Familien auf, die Hartz IV beziehen. Im Vergleich zu 2011 ist das ein Anstieg um 0,4 Prozent.“* Daraus folgt laut Bertelsmann Stiftung soziale Isolierung und auch gesundheitliche Beeinträchtigung. Wir werfen mal einen Blick auf die Zahlen. Der monatliche Regelsatz HartzIV in der BRD für Kinder von 0-5 Jahren beträgt dieses Jahr 240€. Für 6-unter 14-Jährige 296€ und für 14 bis unter 18-Jährige 316€. In Weimar speziell lebten 17,9 % der Kinder unter 18 Jahren im SGB II Bezug, also von HartzIV. Das sind 1.786 Kinder in Weimar. Von diesem bisschen Geld soll man sich gesundes Essen, Klamotten, Schulbücher, den Sportverein, den Musikunterricht am Nachmittag oder Ausflüge mit der Klasse leisten können. Kurz gesagt: Mit dem bisschen Geld hat man also die Chance, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben? – Leben Kinder in einer Familie, die Leistungen nach dem SGB II bezieht, haben die Eltern die Möglichkeit, Leistungen nach dem „Bildungs- und Teilhabe-Paket“ zu beantragen. Dort kann man Zuschüsse zum Mittagessen in der Kita oder Schule bekommen oder finanzielle Unterstützung zum Schulbedarf, zur Lernförderung, für Schulausflüge oder für Nachhilfeunterricht. In der Praxis stellt sogar Thüringens Sozialministerin Heike Werner fest: *„Das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes kommt noch immer nicht bei vielen Betroffenen an. Das Teilhabe- und Bildungspaket ist zu bürokratisch, nicht ausreichend und nicht wirkungsvoll genug.“* Wenn Familien im HartzIV-Bezug leben oder „Aufstocker“ sind, bedeutet das nämlich in der Praxis, dass alles mühsam beantragt werden muss und mit Bestätigungen durch Lehrer, Vereine oder Sonstigem belegt werden muss. Vielleicht will man die Kinder nicht der Gefahr aussetzen, dass man ihnen vorwirft – als wäre es ein Verbrechen arm zu sein – faule oder blöde Eltern zu haben, die sich nicht einmal den Sportverein leisten können. In der Praxis führt das nicht selten zu sozialer Ausgrenzung.

Wer aus einer Arbeiterfamilie kommt, vielleicht noch einen Migrationshintergrund mitbringt und

nicht auf das akademische Bildungserbe seiner Eltern und Großeltern zurückgreifen kann, hat ungleich schlechtere Chancen auf einen höheren Bildungsabschluss. Die finanziellen Mittel und die Klassenzugehörigkeit sind der entscheidende Faktor, welche Chancen ein Kind in der BRD hat. Wenn es aber am Geld für Ausflüge, kulturelle Veranstaltungen, Sport oder Musikunterricht mangelt, sind Kinder in ihrem Erfahrungshorizont gegenüber denen eingeschränkt, deren Familien solche Dinge mühelos finanzieren können. Hinzu kommt, dass das Fehlen außerschulischer Lernmöglichkeiten ihr Bildungsniveau erheblich einschränken kann. Und auch die Wohnsituation und viele andere Faktoren können den Schulerfolg negativ beeinflussen. Wie bei den Eltern leidet darunter auch die Psyche: Angst, Druck, das Gefühl des Ausgeschlossenseins, Wut und Verzweiflung machen sich breit.

Vergessen hierbei dürfen wir auch nicht all jene Kinder, die gänzlich herausfallen aus dem System HartzIV. Deren Eltern Opfer von ungerechtfertigten Sanktionen geworden sind, weil sie einen Termin versäumten, weil sie vielleicht gar nicht verstehen, was in den zahllosen Anträgen gefordert wird oder weil sie schlicht und einfach aufgegeben haben in diesem Schweinesystem noch einen Platz zu finden. Das sind die Kinder, die aus der Kita geschmissen werden, weil die Eltern die Kita-Gebühren oder das Mittagessen nicht bezahlen konnten. Sie wachsen auf in einem Umfeld von Hoffnungslosigkeit und Armut. Dann wird sich empört, wenn wieder einmal in der Lokalzeitung zu lesen ist, dass eine völlig überforderte Mutter ihr Kind auf der Straße verprügelt hat. Dann werden Schuldige gesucht und am Ende sind es doch angeblich immer die Eltern.

Aber die Ursache liegt tiefer, als bei den angeblich bösen Eltern. Schuld an dieser Misere, an diesem ganzen Elend, ist eben dieses imperialistische System, in dem wir alle leben. Ein System, das immerfort Arm und Reich produziert. Ein System, das Familien reihenweise in die Armut stürzt, während die Bonzen ungehindert – auf Kosten der Unterdrückten – ihren privaten Reichtum vermehren. Diese Probleme beseitigt man nur gemeinsam und organisiert mit der Abschaffung der herrschenden Verhältnisse! Mit der Beseitigung des Imperialismus der uns und unseren Kindern so viele Schranken in den Weg stellt und Chancen nimmt! •

ENTEIGNUNG DURCH WAHLEN?

Enteignungen von Konzernen sind an und für sich eine Sache, die in der Regel großartig klingt. Es klingt sehr radikal und nach einem Schlag gegen diejenigen, die uns tagtäglich ausbluten. Besonders wenn es gegen die Miethaie geht, die in Berlin oder anderswo mit allen möglichen Mitteln die Mieten in die Höhe treiben. Doch Enteignung ist nicht gleich Enteignung und daher muss man schon etwas genauer hingucken wenn sich Initiativen mit einer eben solchen Zielsetzung gründen.

Was man als erstes sehen muss ist, dass Berlin immer noch in der BRD liegt und hier ist das Eigentum durch die gesetzliche Grundlage des bürgerlichen Staates geschützt. So sagt das Grundgesetz in Artikel 14: *„(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.“*

Zur Frage der Enteignungen ist ergänzt: *„(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines*

Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.“

Mit einem tatsächlich kollektiven Besitz bei einer Enteignung hat das nichts zu tun, denn der Besitz wird in der Regel vom Staat übernommen und der kann dann mit seinem neuen Eigentum schalten und walten wie es ihm beliebt. Abgesehen davon ist der Begriff „Allgemeinheit“ ein irreführender Begriff der die Gegensätze zwischen den Klassen in der BRD verschleiert. Die Enteignung ist eigentlich keine Enteignung, denn der Betroffene wird ja entschädigt. Es handelt sich mehr um einen Zwangsverkauf.

In Berlin wird jetzt von einer Initiative ein Volksbegehren angestrebt, das eben mit der Parole der „Enteignung“ von solchen Firmen wie Vonovia und Deutsche Wohnen mobil macht. Nächstes Jahr im



Frühling soll damit begonnen werden die erste Hürde auf diesem Weg zu nehmen. Die Initiative hinter dem Volksbegehren möchte einen Gesetzesvorschlag damit in den Berliner Senat einbringen. Doch diese Volksbegehren sind lange kein Mittel für eine tatsächliche Beteiligung des Volkes an der Politik, die hauptsächlich hinter verschlossener Tür gemacht wird. Die Verfahren sind lang und bürokratisch und kosten eine Menge Zeit, die man bestimmt auch mit anderen sinnvollen Dingen füllen kann. Zwar ist ein Gesetzestext der erfolgreich eingebracht wird bindend und muss in Kraft treten, doch der Vorschlag kann nach erfolgreicher Annahme noch einmal überarbeitet werden bevor er in Kraft tritt. Der Senat kann ihn also nachträglich völlig zahnlos machen. Andere Formen der Volksbegehren ohne Gesetzesvorschlag sind gar nicht erst bindend für die Politik die von denen da oben gemacht wird. Beispielhaft kann man eine Erfahrung aus Hamburg im Jahre 2004 anführen, als es einen Volksentscheid gegen die Privatisierung der Krankenhäuser gab. 600.000 Menschen stimmten damals gegen den Verkauf. Der Hamburger Senat ignorierte die Entscheidung einfach und verkaufte die Krankenhäuser an Asklepios.



Das ganze Problem der Volksbegehren ist, sie sind ein Teil des Systems. Sie sind ein Teil des Parlamentarismus. Sie dienen dazu Illusionen in den deutschen Staat und seine angebliche Demokratie zu verbreiten. Denjenigen, die sonst nichts zu sagen haben wird ein Gefühl der Mitbestimmung gegeben. In diesem Fall kommt noch der fade Beigeschmack hinzu, dass der gerechtfertigte Kampf der Mieter gegen die Miethaie in ruhige, bürokratische und dem Staat bequeme Bahnen gelenkt wird. Statt eine tatsächliche kämpferische Bewegung aufzubauen.

Dass der Staat bzw. die Berliner Regierung kein großes Problem mit dem Volksbegehren hat zeigt sich darin, dass ein Teil der Linkspartei mit dem Gedanken spielt sich an dem Aufruf zu beteiligen. So sagte die stadtpolitische Sprecherin der Linkspartei: „Ich halte für denkbar, dass wir das Volksbegehren unterstützen“. Damit hätte die Partei natürlich direkt von Anfang an die Möglichkeit am Entwurf des Gesetzestextes mitzuschreiben. So könnten sie ihn direkt zu Beginn entschärfen. Übliches Argument in solchen Fällen ist die, dass alles ja nicht so radikal klingen dürfe, damit mehr Leute sich dahinter stellen.

Wir brauchen aber keine keine Bewegung, die sich an den Staat anbietet und ihm gegenüber als Bittsteller auftritt. Alle Illusionen in das System müssen beständig entlarvt werden. Darum ist die einzig richtige Haltung zu Volksbegehren: **Ausbeutung abwählen das klappt nie, Boykott den Wahlen der Bourgeoisie!** •



Aktion der Volksbegehren Initiative

25. NOVEMBER - TAG GEGEN GEWALT AN FRAUEN

Der 25. November ist der Tag gegen Gewalt an Frauen. Nach wie vor ist dies ein wichtiger Tag, denn es gibt kaum Frauen, die nicht von Erlebnissen erzählen können, in denen sie Demütigung, Beleidigung und Nötigung bis hin zu körperlicher Gewalt erlebt haben. Aber das ist nichts Neues. Es ist auch keine Sache einer bestimmten Religion, Hautfarbe oder dem Inhalt des Geldbeutels. Überall auf der Welt werden Frauen Opfer von Gewalt - egal ob in der BRD, in Syrien, in Indien oder den USA. In der BRD wird immer wieder der Versuch gemacht, das Problem der Gewalt gegen Frauen an migrantischen Arbeitern und Geflüchteten festzumachen. Vor allem die faschistische AfD bedient sich gerne diesem Beispiel. Aber auch die CDU/CSU ist nicht besser. Sie nutzen die schlimme Lage der Menschen um für ihre Politik zu werben. Sie tun so, als hätte es keine Gewalt gegen Frauen vor der sogenannten „Flüchtlingskrise“ gegeben und alle Probleme würden darin bestehen, dass nun (mehr) Menschen mit einer anderen Hautfarbe und anderen Religion hier leben. Aber diese Behauptung stimmt nicht und sie versuchen nur uns - die Arbeiterklasse - zu schwächen und zu spalten. Wenn wir wollen, dass sich unsere Lage verändert dürfen wir uns nicht ausspielen lassen. Und dass all die Debatten schon vor 2015 geführt wurden, es auch da schon unzählige Krisensitzungen, Diskussionsrunden und „Vorschläge zur Verbesserung“ gab zeigt beispielhaft, dass es eben ein uraltes Thema ist und die Ursache daher woanders liegen muss. Damit soll allerdings nicht bestritten sein, dass auch Flüchtlinge patriarchale Schweine sein können.

Das System in dem wir leben, das uns jeden Tag ausbeutet und unterdrückt, braucht die Massen an Frauen, die jeden Tag für weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen arbeiten gehen. Die sich zusätzlich zur Lohnarbeit um die Erziehung der Kinder kümmern. Kochen, putzen und dafür sorgen, dass alle am nächsten Tag wieder arbeiten gehen können. Es gibt für die Herrschenden keine Gründe wirklich etwas an unserer Lage zu ändern. Historisch war vor allem der Mangel an männlichen Arbeitskräften ausschlaggebend Frauenarbeit zuzulassen, bspw. im ersten Weltkrieg als der Großteil der Männer an der Front verheizt wurde, wie auch im Artikel zur Novemberrevolution erläutert. Die Frauen ließen sich allerdings nach Kriegsende nicht wieder aus

dem Arbeitsleben zurückdrängen und wurden nun häufig als Mittel eingesetzt, um die Löhne der männlichen Kollegen zu drücken.

An zwei Tagen im Jahr wird sich mit diesen Themen öffentlichwirksam befasst. Zum einen um den 08. März herum, dem internationalen Frauenkampftag, der aus langer proletarischer Tradition heraus entstanden ist, und eben am 25. November, einem Tag der zwar von der UNO ins Leben gerufen wurde, aber dennoch eine gerechtfertigte Forderung darstellt, die auf die Straße getragen werden muss. Jedes Jahr um den 25. November und dem 8. März werden die Forderungen, die Initiativen und Bündnisse an die Politik stellen immer lauter. Sie sollen endlich etwas gegen die brutale Realität, in der wir Frauen leben tun. Aber das wird nicht geschehen, die bürgerliche Politik ist der denkbar falscheste Ansprechpartner. Denn dass dieser Kampf schon seit über einem Jahrhundert läuft, immer wieder die selben oder ähnliche Forderungen gestellt werden und sich kaum was ändert beweist doch, dass wir uns in diesem Kampf nicht auf die Herrschenden verlassen dürfen. Ganz im Gegenteil. Unsere Unterdrückung ist ein Pfeiler ihrer Macht.

Trotzdem werden immer wieder irgendwelche Gesetze vorgeschlagen, beschlossen oder ein bisschen Geld für angeblich frauenfördernde Projekte frei ausgegeben. Das liegt aber nicht daran, dass ihnen das Wohl der Frauen plötzlich am Herzen liegt. Es liegt an den Millionen Frauen weltweit, die auf die Straße gehen, die kämpfen und ihnen ihre Wut entgegenschleudern. Die Herrschenden haben einfach Angst vor unserem Zorn und sie versuchen mit diesen Mitteln unsere Wut zu bremsen und uns ruhig zu halten. Aber wir dürfen uns nicht den Mund verbieten lassen. Wir dürfen uns nicht mit Kleinigkeiten zufriedengeben und das Problem kleinreden lassen. Es ist richtig auf die Straße zu gehen und zu kämpfen. Gerade wir Frauen haben jede Menge Gründe dafür. In diesem System sind die proletarischen Frauen nämlich doppelt unterdrückt. Wir kämpfen also an zwei Fronten. Einerseits werden wir so wie die männlichen Arbeiter ausgebeutet und machen dabei andere mit unserer Arbeitskraft reich. Das Patriarchat, das uns Frauen zusätzlich unterdrückt baut auf diesem System der Ausbeutung - dem Imperialismus - auf. Dazu gehört, dass wir uns

irgendwelchen Vorstellungen unterordnen sollen, wie Frauen sich verhalten, kleiden oder denken sollen. Dass Frauen weniger Wert als Männer wären, dass wir nicht genauso klug sind und uns für politische Themen nicht interessieren. Aber das dürfen wir uns nicht einreden lassen. Aber die Lösung des Problems ist sicher nicht, dass wir uns vor allem darum Gedanken machen sollten, wie wir unser „Frau-sein“ am besten betonen und ausdrücken können, wie wir uns und diese Vorstellung „neu“ erfinden können, wie wir unsere Beziehungen führen wollen und welche Möglichkeiten es dafür gibt. Damit packen wir das Übel nicht an der Wurzel.

Dann gibt es noch die bürgerlichen Feministinnen, die sich zu jedem 25. November und 8. März der Situation der Frauen in der BRD und weltweit äußern und Forderungen an die Politik der Herrschenden stellen. Jedes Jahr werden die gleichen Gespräche geführt und mit ähnlichen Absichten wie in dem Jahr davor beendet. Und diese sogenannten Feministinnen warten immer noch darauf, dass etwas passiert. Sie warten auf Hilfe und Unterstützung. Aber es passiert nichts. Und trotzdem machen sie jedes Jahr das gleiche. Doch das Problem ist, dass sie nach Lösungen innerhalb des Systems suchen, aber innerhalb dieses Systems gibt es keine endgültige Lösung, keine Emanzipation für die Frauen. So ist z.B. egal ob in einer Stellenanzeige jetzt „ProduktionshelferIn“ oder Produktionshelfer (m/w) steht, es ändert nichts daran, das wir weniger Geld als die Kollegen bekommen

und wir uns auf der Arbeit noch irgendwelche Sprüche von Mächtigen-Machos gefallen lassen müssen oder irgendwer im Bus versucht uns anzufassen. Die selbsternannten Feministinnen wollen in der Politik mitmachen. Sie wollen dazu gehören. Um da mitspielen zu dürfen, stellen sie Forderungen auf, die von den Herrschenden akzeptiert werden und für die sie auch nicht richtig kämpfen werden. Damit werden sie zum Teil des Problems und nicht zum Teil der Lösung, denn sie dienen dem herrschenden System.

Es ist wichtig am 25. November auf die Straße zu gehen. Im vergangenen Jahr gab es einige kraftvolle proletarisch-feministische Aktionen der Roten Frauenkomitees und dieses Jahr können wir an die vergangenen Erfolge anknüpfen. Wir müssen unsere Freundinnen, Töchter, Mütter und Kolleginnen am 25. November auf die Straße mobilisieren. Es ist richtig wütend zu sein und wir sind nicht alleine. Frauen weltweit leiden unter dieser Unterdrückung und wollen sich nicht mehr damit abfinden. Wir müssen diesen Tag nutzen und die Forderungen stellen, die uns wirklich weiterhelfen. Wir müssen aufhören in Passivität und Resignation zu verfallen. Lasst uns zusammen kämpfen und unsere Wut auf die Straße tragen!

Kommt am 25. November nach Hamburg zur Demonstration um 16:30 Uhr, Lindenplatz, Nähe U-Bahn Berliner Tor •



Demonstration vom Roten Frauenkomitee am 25. November 2017 in Hamburg

DIE WAHLEN IN BRASILIEN UND DER WAHLBOYKOTT

Am Sonntag dem 7. Oktober fand die erste Runde die allgemeinen Wahlen in Brasilien statt. Diese haben eine große Bedeutung für die herrschenden Klassen Brasiliens, aber auch für die imperialistische Supermacht USA. Die Herrschenden in Brasilien müssen dringend versuchen ihrem durch und durch korrupten System den Schein von Legitimität zu verleihen. Seit den Massenprotesten von 2014 und 2015 gegen die FIFA Weltmeisterschaft kam das Land nicht mehr zur Ruhe. Es waren die größten Massenkämpfe seit denen gegen die Militärdiktatur 1980. Sie richteten sich gegen die Erhöhung der Fahrpreise des öffentlichen Nahverkehrs, gegen die Geldverschwendung für die WM und die Olympiade, gegen die schlechten Lebensbedingungen und das marode Bildungs- und Gesundheitswesen. Sie richteten sich auch gegen die Gewalt der Bullen und des Militärs die faktisch die Armenviertel besetzt halten und nach beliebigen Jugendliche ermorden, gegen den alten brasilianischen Staat, der ausschließlich den ausländischen Imperialisten und kein bisschen dem brasilianischen Volk dient.

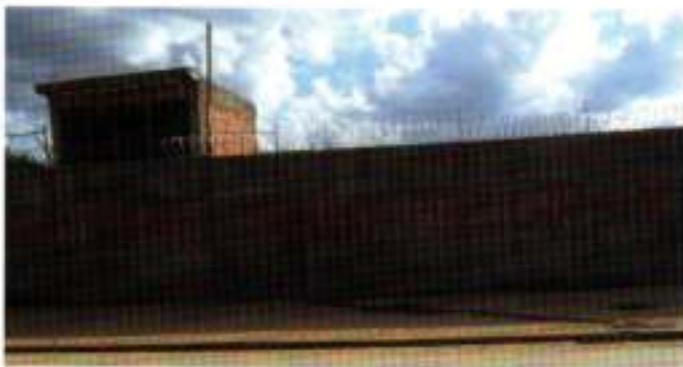
All diese Probleme sind nicht verschwunden, sie sind jeden Tag spürbar und haben sich sogar noch verschlimmert. Die Massen haben in den letzten Jahren unermüdlich dagegen gekämpft, sie haben Parlamente gestürmt und die Bullen und andere Institutionen des alten Staates angegriffen. Der alte brasilianische Staat reagierte darauf mit verschärfter Repression. Jahrelange Gefängnisstrafen für diejenigen, die die Rebellion der Massen am entschlossensten vorangetrieben haben, das Verschwindenlassen politischer Gegner und das Töten revolutionärer Führer und Aktivisten, insbesondere auf dem Land. All das ist in Brasilien Realität für jeden der ernsthaft gegen das System kämpft oder ihm einfach nur im Weg steht. Zusätzlich gibt es himmelschreiende Widersprüche innerhalb der herrschenden Klassen Brasiliens. Ex-Präsident Lula darf nicht zu den Wahlen antreten, weil er wegen Korruption im Gefängnis sitzt und Ex-Präsidentin Dilma Rousseff wurde wegen Amtsmissbrauch suspendiert. Dies entlarvte die Rolle des bürgerlichen Parlaments und der Bonzen aus der Politik noch mehr gegenüber den Massen. Entsprechend dringend brauchen die herrschenden Klassen Brasiliens eine hohe Wahlbeteiligung, die ihrem System und ihrer Herrschaft den Schein von

Legitimität verleihen soll. Doch schon die erste Wahlrunde brachte sie in Bedrängnis. Obwohl in Brasilien Wahlzwang herrscht blieben über 40 Millionen der Wahlberechtigten dem bürgerlichen Wahlzirkus fern. Wahlzwang bedeutet, dass die Nichtwähler Geldstrafen riskieren und sie Probleme mit Behörden und bei der Arbeitsplatzsuche bekommen können. 40 Millionen Nichtwähler sind knapp 30% der Wahlberechtigten, die sich von den Wahlen der Bourgeoisie kein bisschen Veränderung mehr erhoffen. Besonders unter den Ärmsten der Armen war die Wahlbeteiligung extrem gering.

Dies war abzusehen, denn schon im Vorfeld der Wahlen kam es zu breiten Protesten, welche viel internationale Aufmerksamkeit erregten. Diese richteten sich vor allem gegen den rechten Kandidaten Bolsonaro, der in den Medien häufig als „der brasilianische Trumpf“ bezeichnet wird. Bisher fiel der Präsidentschaftskandidat im Wahlkampf mit der Verherrlichung der Militärdiktatur auf und sagte einer Konkurrentin sie sei es „nicht wert, vergewaltigt zu werden“. Entsprechend versammelten sich viele um hauptsächlich gegen ihn und seine Partido Social Liberal – PSL (zu deutsch: Sozialliberale Partei) zu demonstrieren. Die Yankee-Imperialisten sind bei seiner Unterstützung der entscheidende Faktor, denn sie haben ein Interesse daran, Brasilien nicht nur wirtschaftlich sondern auch militärisch unter Kontrolle zu bekommen. Mit seinen 200 Millionen Einwohnern ist es nicht nur das bevölkerungsreichste Land Lateinamerikas, sondern auch der fünftgrößte Staat der Erde. Auch von seiner geografischen Lage her ist das Land von großer Bedeutung. Da es fast 50% der Fläche Lateinamerikas einnimmt hat es zu jedem südamerikanischen Staat, abgesehen von Ecuador und Chile, eine gemeinsame Grenze. Besonders die Grenze zu Venezuela ist von unmittelbarer Bedeutung für die Yankees. Deswegen wird in letzter Zeit in der brasilianischen Presse chauvinistische Hetze gegen die Flüchtlinge von dort geschürt. Jagden auf venezolanische Flüchtlinge in den nördlichen Grenzregionen des Landes waren die Folge. Dieser Konflikt wurde gezielt angestachelt, damit das Militär einen Vorwand hatte in diese Regionen einzumarschieren und sich entlang der Grenze zu Venezuela in Stellung zu bringen. Nicht umsonst stand beim Besuch des US-Verteidigungsministers

James Mattis am 14. August Venezuela und das Vorgehen in dieser Frage weit oben auf der Tagesordnung. Der Yankee-Imperialismus will seine Präsenz in der Militärbasis in Alcântara etablieren und die geschürten Unruhen sind der Vorwand für militärische „Zusammenarbeit“ mit den US-Streitkräften in der Region.

Aber die gerechtfertigte Rebellion richtet sich nicht nur gegen Bolsonaro. Auch alle anderen Kandidaten und Parteien haben in den vergangenen Jahren bewiesen, dass es ihnen nur um ihre persönliche Macht geht. Sie haben bewiesen, dass das brasilianische Volk nichts von ihnen zu erwarten hat und auf den Demonstrationen, an denen sich überall im Land Zehntausende beteiligten, war auch eine viel grundsätzlichere Ablehnung der Wahlen der Bourgeoisie zu vernehmen. So beteiligten sich beispielsweise zahlreiche Revolutionäre an einer der Demonstrationen in Rio de Janeiro und trugen ein Transparent mit der Parole „Weder Wahlen noch Militärintervention, Revolution jetzt!“. Im ganzen Land fand eine große Kampagne statt, die zum Boykott der Wahlen aufrief. In den Städten und auf dem Land waren die Parolen zu lesen, die die bürgerlichen Wahlen als eine Farce denunzierten und dazu aufriefen zu kämpfen.



Wahlen, nein! Volkskrieg, ja!

Auch am Tag der Wahl selbst kam es zu verschiedenen Aktionen. Auf dem Land von São Paulo, in Campinas City wurden die Wahlcomputer am Tag vor den Wahlen sabotiert. In Morro da Fumaça City stürmte ein 25 Jahre alter Arbeiter mit einem Vorschlaghammer in das Wahllokal und zerstörte Wahlcomputer. In Mato Grosso vertrieben Indigene aus einem Dorf in Brasnorte die reaktionäre Armee mit Pfeil und Bogen und in São José dos Pinhais griffen zwei Personen mit Molotowcocktails das Forum der Stadt an wo gewählt werden sollte.

Nachdem der erste Wahlgang abgeschlossen war

haben sich Vertreter der Katholischen Kirche mit der „Arbeiterpartei“, einer Sozialdemokratischen, bürgerlichen Partei getroffen um Bedingungen auszuhandeln unter denen sie ihnen ihren Segen geben würden. Denn Bolsonaro hat die Evangelikalen in seinem Rücken. Doch auch diese Manöver konnten den Wahlsieg Bolsonaros im Endeffekt nicht aufhalten. Es ist wichtig hier zu bekräftigen was die Brasilianischen Genossen in ihrer Kampagne gesagt haben. Die Wahlfarce war kein Kampf zwischen dem „bösen“ Bolsonaro und den „guten“ linksliberalen Politikern. Es haben nicht die „guten“ Verloren weil der „böse“ gewonnen hat. Sondern bei den Wahlen der Bourgeoisie verliert das Volk immer, keiner der Kandidaten handelt im Interesse der armen Bauern, der Arbeiter oder der Frauen. Die brasilianischen Genossen haben mit ihrer Kampagne die Stimmung der am meisten ausgebeuteten und unterdrückten Teile der Massen aufgegriffen und sprechen so das Gefühl der noch unorganisierten Massen an. Sie haben ihnen den Weg gewiesen wie sie dieses verrottende System tatsächlich ändern können. Nicht mit einem Wahlkreuz, das die eine Marionette an der Macht durch die andere austauscht, sondern durch die revolutionäre Gewalt, durch den Volkskrieg unter Führung der Kommunistischen Partei. Die Genossen in Brasilien zahlen schon jetzt einen hohen Preis in Blut, obwohl sie den bewaffneten Kampf noch nicht begonnen haben. Sie basieren sich dabei auf der Ideologie des internationalen Proletariats, dem Marxismus-Leninismus-Maoismus, hauptsächlich Maoismus. Immer in engster Verbindung mit den Massen und schonungslos im Kampf gegen alle Formen des Revisionismus und Opportunismus, entwickeln sie alle ihre Arbeit im Dienst der Weltrevolution. Der Imperialismus ist ein sterbendes System, er ist nicht mehr in der Lage Fortschritt zu schaffen und geht seinem Ende entgegen. Die objektiven Bedingungen sind hervorragend und in Brasilien ist das Wichtigste schon vorhanden, eine Vorhut der Proletariats, in Form der Kommunistischen Partei Brasiliens (Rote Fraktion). Die Zukunft des brasilianischen Volkes und der Völker der Welt ist glänzend! •



ERDOGAN (NOT) WELCOME - EIN NACHTRAG

Ende September durfte der türkische Präsident, Recep Tayyip Erdoğan, Deutschland einen längeren Besuch abstatten. Erdoğan ist bekannt für die brutale Unterdrückung jeglicher revolutionärer und fortschrittlicher Kräfte. Selbst die gegen ihn gerichtete, bürgerlich-demokratische Opposition wird von den türkischen Sicherheitskräften, dem Militär und dem Geheimdienst stark unterdrückt. Er ist bekannt für systematische Verfolgung der kurdischen Bewegung bis hin zu staatlich organisierten Massakern. Er ist seit 16 Jahren bekannt für seine durch und durch arbeiter- und volksfeindliche Politik. Diese gefiel den Herrschenden in der BRD anfangs recht gut. Doch Ungefähr seit 2013 – mit Beginn der Gezipteste – änderte sich die Haltung gegenüber der türkischen Regierung und damit auch die Berichterstattung über Erdoğan. Von da an wurde über Erdoğan als Despot und Tyrann berichtet. Dies entsprach der Beziehung des deutschen Imperialismus zur Türkei als unterdrücktes Land. Denn die Türkei ist ein Lakai des US-Imperialismus und in vielen Punkten wenn es um die Türkei geht haben die Yankees noch immer das letzte Wort. Doch auch die Türkei bzw. ihre Herrschenden haben auch ihre eigene Agenda, so kommt es immer wieder auch zu Streit und Widersprüchen zwischen dem US-Imperialismus und den Herrschenden in der Türkei.

Die Interessen des deutschen Imperialismus in der Türkei

Die Herrschenden in der BRD hatten allerdings immer ein Interesse daran, dass die Türkei politisch stabil bleibt. Denn diese relative Stabilität ist die Grundlage für die Einhaltung von Verträgen wie bspw. dem aktuellen Flüchtlingsabkommen. Dieses soll garantieren, dass Flüchtlinge aus Syrien in der Türkei bleiben und nicht weiter nach Europa reisen. Als Lohn bekommt die Türkei drei Milliarden Euro. Darüber hinaus hat der deutsche Imperialismus Zugriff auf die natürlichen Reichtümer der Türkei und kann in seinem Interesse die dortige Arbeiterklasse ausbeuten. Doch auch andere Aspekte spielen hier eine wichtige Rolle. Das wichtigste ist, dass sich die Widersprüche zwischen den USA und der BRD seit der Wahl Donald Trumps immer weiter verschärfen. In dieser Situation der verschärften Konkurrenz

will die BRD die Widersprüche zwischen dem US-Imperialismus und der Türkei ausnutzen und die Türkei wieder in größere Abhängigkeit zu sich bringen um seine eigene Position im Nahen Osten zu stärken. Denn aufgrund seiner geographischen Lage nimmt die Türkei eine wichtige Rolle in Westasien ein. Das Land grenzt im Norden an das schwarze Meer und im Süden an das Mittelmeer. Zudem grenzen acht Länder direkt an die Türkei, unter anderem Griechenland, der Iran, Syrien und der Irak. So bietet es den Imperialisten viele Möglichkeiten von der Türkei aus Einfluss in der Region zu nehmen. Aber auch deutsche Konzerne erhöhen ihre Investitionen in der Türkei immer mehr. Um den Markt vollständig zu besitzen werden sowohl im technischen Bereich aber auch in der Rohstoffgewinnung die Produktion vergrößert. Darüber hinaus unterstützt der deutsche Staat die Türkei mit Waffenlieferungen. So wird versucht die halbkoloniale Abhängigkeit der Türkei weiter zu vertiefen.



Deswegen wird der Ton zwischen Deutschland und der Türkei jetzt wieder versöhnlicher. Aber es ist wichtig wer hier den Ton angibt. In vielen Medien wurde nach dem Besuch behauptet Erdoğan könne dem deutschen Staat auf der Nase herumtanzen. Das ist nicht der Fall. Erdoğan und mit ihm die Türkei ist ein Lakai des Imperialismus. Und ja, wenn der deutsche Staat türkische Revolutionäre wie die ATIK-Gefangenen oder Musa Asoglu festnimmt, oder kurdische Aktivisten schikaniert macht er sich zum Helfer der türkischen Repression. Und ja, wenn der deutsche Staat kritische Journalisten während Pressekonferenzen abführt, dann machen sie das „für Erdoğan“. Das gehört zu dem diplomatischen Prozedere zwischen den Staaten dazu, schließlich hat die BRD ein Interesse an der Türkei, welches

sie verwirklicht sehen will. Trotzdem darf man hier nicht den Fehler machen zu denken, der deutsche Staat wäre abhängig von der Türkei. Deutschland billigt dem türkischen Staat diese Dienste zu, im Gegenzug laufen Dinge wie der Flüchtlingsdeal, der Zugriff des deutschen Imperialismus auf türkische Arbeitskräfte und der Ausverkauf türkischer Bodenschätze an die Monopole. Der Staatsbesuch ist ein Ausdruck des Versuches der BRD zu einer imperialistischen Supermacht zu werden, die mithilfe der EU versucht andere Länder in Abhängigkeit zu sich zu bringen und somit seine eigene weltweite Stellung zu verbessern.

Zu diesem Zweck ist Wirtschaftsminister Altmaier am 25. Oktober mit 30 „Wirtschaftsvertretern“, also Unternehmern, in die Türkei gereist. Auf die Frage der Menschenrechte angesprochen versucht er alles schönzureden und sagt: *„Es gibt auch Fragen, die man sinnvollerweise unter Freunden bespricht und versucht zu lösen statt sie in der Öffentlichkeit kontrovers zu diskutieren.“* Auch die mitgereisten Kapitalisten behaupten die Menschenrechtssituation sei ihnen wichtig, sie hätten da eine gewisse Verantwortung und so. Wichtiger ist ihnen allerdings die oben schon angesprochene politische Stabilität. Sürreyya Inal von der türkisch-deutschen Handelskammer sagt dazu: *„In der letzten Zeit wurde insbesondere aus deutscher Sicht die Sicherheit bei Investitionen und Eigentumsrechten angezweifelt. Und das war auch der Grund, warum sich die Investitionsentscheidung verzögert hat.“* Und während bei diesen Treffen die wirtschaftliche Seite im Vordergrund steht baut Deutschland fleißig seinen Stützpunkt auf der Luftwaffenbasis Incirlik aus, von wo aus in der Vergangenheit mehrere Angriffe gegen Syrien geflogen wurden.

Der Kampf um Befreiung ist International

Doch während die Bonzen aus der Politik sich schnell einigen konnten, blieb Erdoğan's Besuch in der BRD und besonders in Köln nicht un widersprochen. Am Samstag den 29. September plante er eine neue Ditib Moschee einzuweihen, bei der starker Protest erwartet wurde. Schließlich wurde europaweit gegen den Staatsbesuch mobilisiert. Doch kurzerhand wurde die Demonstration unter dem Motto „Erdoğan not Welcome“ verboten. Dazu noch Beschlagnahmung der Bühne, Vorkontrollen und Umzingelung des Auftaktkundgebungsortes – das ist was man in der BRD unter „Meinungsfreiheit“

versteht. Denn während die Herrschenden immer sehr schnell sind die Verstöße gegen die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in der Türkei zu verurteilen wurde während des hohen Staatsbesuchs schnell klar wie wenig diese Rechte hierzulande wert sind. Köln, insbesondere seine proletarischen Stadtteile, wurden regelrecht von den Bullen besetzt. Außerdem gab es versiegelte Gullideckel, abgesperrte Straßen, tausende von Einsatzkräften in Uniform und Zivil, Scharfschützen auf den Dächern und Helikopter in der Luft – das war die Realität in Köln. Hier zeigt sich das wahre Gesicht der „Demokratie“ in der BRD, welche um jeden Preis versuchen wollte die Veranstaltung „störungsfrei“ durchzuführen.

Anders als bei früheren Besuchen Erdoğan's gab es diesmal aber keinen großen Protest. Das lag aber nicht nur daran, dass nicht 30.000 Leute sondern nur ein paar tausend auf der Straße waren. Es lag hauptsächlich an den Opportunisten und Sozialdemokraten die federführend in der Organisation der Aktivitäten gegen den Erdoğanbesuch waren. Man sieht es auch daran, dass sich den Auflagen der Bullen untergeordnet wurde und die Demoleitung die Idee der Bullen sogar weiterspann und kurzerhand „Organisationsfahnenverbot für jede Organisation“ verhängte.

Wir Antifaschisten, Revolutionäre und Kommunisten in der BRD haben keine Illusionen in den Staat, die Stadt oder die Bullen. Natürlich verbieten sie uns unsere Demos, wenn es ihnen in den Kram passt und wir nicht bereit sind für ihre Durchsetzung zu kämpfen! Die Hauptursache, warum es keine Demonstration gab, ist nicht weil sie verboten wurde, weil wir wenige waren oder weil niemand kämpfen wollte (es gab kämpferische Mobilisierungen u.a. aus der Schweiz, Österreich und verschiedenen Städten in der BRD), sondern weil das Konzept der Organisatoren die Möglichkeit des Kampfes für die Durchsetzung einer Demonstration von Beginn an ausgeschlossen hat und es so ein leichtes war, die Demo widerstandslos zu verbieten. Lernen wir daraus, aufbauend auf der weiteren und voranschreitenden Zusammenarbeit der revolutionären und kommunistischen Kräfte die in Köln, fernab vom Kaffeeverkauf und Gerede der Sozialdemokraten, erreicht wurde. Ohne Kampf gibt es auch keinen Sieg! •



DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KONTAKT:
ROTEPOST@GMX.DE



TRAUERT NICHT!
SCHLAGT ZURÜCK!

**DEMONSTRATION AM TAG
GEGEN GEWALT GEGEN FRAUEN**

25 NOVEMBER - 16:30 UHR
LINDENPLATZ, NAHE U-BAHN BERLINER TOR
20099 HAMBURG - ST. GEORG

